



Pressemitteilung 05/2010

München, 06.05.2010

BAYERISCHER GEMEINDETAG ZUM ERGEBNIS DER STEUERSCHÄTZUNG Brandl: Kein Spielraum für Steuergeschenke

„Angesichts der prognostizierten weiteren Steuerausfälle für die Gemeinden von 11,9 Mrd. Euro bis 2013 muss die Gemeindefinanzkommission der Bundesregierung endlich ihr Augenmerk auf eine Stärkung der kommunalen Finanzausstattung richten, statt mit Überlegungen zur Abschaffung der Gewerbesteuer den Gemeinden den finanziellen Boden zu entziehen. Im Vergleich zu Bund und Ländern sind die Kommunen am stärksten von den Steuerausfällen betroffen. Ich kann daher keinerlei Spielraum für Steuererleichterungen für Unternehmen oder für die Bürgerinnen und Bürger erkennen. Das Plus im Geldbeutel der Bürger wäre zugleich das Minus im gemeindlichen Haushalt.“

Mit diesen Worten kommentierte der **Präsident des Bayerischen Gemeindetags, erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl**, Abensberg, die wenig hoffnungsvollen Prognosen des Arbeitskreises Steuerschätzung zur Entwicklung der gemeindlichen Steuereinnahmen von heute. Brandl verwies darauf, dass nach dem Ergebnis einer Umfrage des Bayerischen Gemeindetags fast die Hälfte der kreisangehörigen Gemeinden, Märkte und Städte in Bayern im laufenden Jahr keinen strukturell ausgeglichenen Haushalt hat. „Ich will nicht davon sprechen, dass diese Gemeinden alle pleite sind, es ist aber ein Alarmzeichen, wenn so viele Gemeinden ihre in der Vergangenheit eingegangenen Verbindlichkeiten nicht mehr ordentlich tilgen können“, stellte Brandl fest.

Brandl forderte nochmals eindringlich dazu auf, die Gewerbesteuer in ihrem Bestand ungeschmälert zu erhalten. Mit einem Anteil von rund 40 % ist sie neben der Einkommensteuerbeteiligung die wichtigste gemeindliche Steuerquelle. Die jahrzehntelange Suche nach Ersatzlösungen hat deutlich gezeigt, dass es keine qualitativ und quantitativ gleichwertigen Alternativen, geschweige denn bessere Lösungen, gibt. Es sei auch illusorisch, daran zu glauben, dass die Gewerbesteuer mit einem bundesweiten Volumen von rund 40 Mrd. Euro durch zusätzliche Einnahmen etwa bei der Umsatzsteuer (Volumen ca. 175 Mrd. Euro), bei der Lohn- und Einkommensteuer (Volumen ca. 190 Mrd. Euro) oder bei der Körperschaftsteuer (derzeitiges Volumen ca. 7 Mrd. Euro) ersetzt werden könnten. Dann muss man den Bürgern gleich zu Beginn der Debatte ehrlich sagen, wie viel Prozent zusätzlich an Mehrwertsteuer sie zugunsten der Unternehmen – und hier insbesondere der Kapitalgesellschaften – beim täglichen Einkauf aufzubringen hätten.